

## Nichtamtlicher Theil.

### Eine warnende Stimme aus Ungarn.

Als der Dualismus zum leitenden Staatsprincip in Oesterreich erhoben wurde und man zur Erkenntnis gelangt war, daß derselbe nur auf der Basis liberalster Verfassungen hüben und drüben bestehen könne, sagte ein erfahrener Staatsmann: „Jetzt steht der Liberalismus in Oesterreich auf zwei Füßen und wird hoffentlich um so fester stehen.“ Die natürliche Folge unseres Staatssystems ist es, daß die liberalen Parteien dies- und jenseits sich in ihren Bestrebungen nimmehr einfühlen und mit Aufmerksamkeit die wechselseitigen Schicksale verfolgen; denn beide sind sich dessen wohl bewußt, daß die Niederlage der einen den Sturz der andern zur naturnothwendigen Folge haben würde.

Die Route, welche anfänglich der Finanzfrage in den Kreisen der parlamentarischen Majorität des Abgeordnetenhauses in jüngster Zeit zu Tage getreten ist, und die darauf basirten Hoffnungen der feudaler-clericalen Elitè, welche in dem Organe derselben, dem „Vaterland“, mit immer mehr steigender Siegeszuversicht zum Ausdruck kommen, kann in Pest nicht übersehen werden, und es tönen schon Warnungsrufe herüber, das große, kaum vollendete Werk der Einigung und Befreiung nicht durch eigene Schuld zu gefährden und nicht leichtsinnig dem Gegner selbst die Waffe in die Hand zu geben.

Einem solchen ersten Rufe begegnen wir in einem Artikel: „Reactionäre Zuckungen jenseits der Leitha“ im „Pester Lloyd.“ Er erinnert an das Jahr 1864, wo man zwar mit Recht dem Ministerium Schmerling das Lebenslicht auszublasen bemüht war, ohne sich über die Konsequenzen klar zu sein, die der Sturz desselben zur Folge haben mußte. Es folgte Graf Belcredi und mit ihm die Siftirung der Verfassung, des parlamentarischen Lebens.

Die heutigen Zustände, sagt der „Pester Lloyd“ weiter, sind allerdings noch nicht so weit gediehen und tragen den durchwegs analogen Charakter zwar nicht an sich, sind aber bei den herrschenden Verhältnissen noch viel bedenklicher. Man sollte es doch wirklich für überflüssig erachten, heute noch daran erinnern zu müssen, daß mit dem 21. December v. J., wie in Ungarn, so auch in dem übrigen Oesterreich die parlamentarische Regierungsform zur Geltung kam. Diese Thatsache scheint vergessen worden zu sein, wie könnte man es sich sonst erklären, daß dem aus der Majorität des Reichsrathes entnommenen Ministerium, welches die hervorragendsten ehemaligen Parteiführer in sich schließt, das ehrlich auf der Bahn des Liberalismus fortschreitet, seine Stütze, die parlamentarische Majorität, allmählich entzückt? Könnte man dem Ministerium auch nur einen Moment entgegenhalten, in dem es den Principien des Liberalismus untreu geworden wäre; wir könnten es begreiflich finden, wenn ihm die Majorität ihre Unterstützung versagen würde. So aber ist dies nicht der Fall und plan- und ziellos unter dem Eindruck momentaner Stimmungen wird direct und indirect dem Ministerium seine Stellung immer mehr und mehr erschwert.

„Sind die Principien dieser Partei,“ sagt der „Pester Lloyd“ am Schlusse seines Artikels, „mit jenen des Ministeriums nicht mehr identisch, nun so möge die Opposition mit ihren besseren Grundsätzen und ihren besseren Männern herausrücken, allein daß sich diese Partei mit dem parlamentarischen Ministerium in den großen principielle Fragen eins fühlt und dennoch diesem Ministerium das Regieren nahezu unmöglich macht, das ist etwas, was wir schlechterdings nicht verstehen können, nicht, weil es uns zu hoch, sondern weil es — mit Verlaub gesagt — ein Unsinn ist.“

Wir sehen daraus, daß die parlamentarisch wohlgeschulte liberale Partei Ungarns die Haltung der Abgeordneten in der Finanzfrage mit Kopfschütteln betrachtet; darin liegt aber auch für die Letzteren die beherzigenswerthe Lehre, daß der Weg, den sie einschlagen, nicht nur zu keinem gedeihlichen Ziele führen kann, sondern geradezu ein gefährlicher ist, indem er die jüngsten Errungenschaften an ihre ärgsten Gegner zu überliefern droht.

## Zur Concordatsfrage

findet sich die folgende Darlegung in einem Wiener Briefe der Berliner „Kreuzzeitung“: „Was ist es nun mit dem Concordate? Formell wird es auch nach der Sanction dieser Gesetze fortbestehen; aber meritorisch ist es dann — darüber täuschen sich weder Freunde noch Feinde desselben — außer Wirksamkeit gesetzt. Im Grunde ist es innerhalb der zwölf Jahre seines Bestandes in seinen wichtigsten Bestimmungen nie ausgeführt worden; thatsächlich wird also die Lage künftig keine wesentlich andere sein, als bisher. Auch darf nicht verkannt werden, daß selbst in kirchlichen Kreisen die Anschauungen über das Concordat sehr getheilt gewesen sind. Ein großer Theil des niederen Clerus, zumal in den deutschen Provinzen, hat sich nie damit zu befreunden vermocht; von Pfarrherren und Seelsorgern, die unmittelbar mit der Bevölkerung in Berührung stehen, konnte man häufig die Ueberzeugung aussprechen hören, daß das Concordat der Kirche mehr geschadet als genützt habe. Auch innerhalb der hohen kirchlichen Hierarchie hatte man ihm manche Bedenken entgegengetragen — Bedenken nicht blos aus Erwägungen der Nützlichkeit, sondern principmäßiger Natur. Als die Verhandlungen behufs seines Abschlusses in den Jahren 1855 und 1856 in Rom gepflogen wurden, traten mehrere Cardinäle, und zwar solche, die der strengsten katholischen Richtung angehörten, dem leitenden Gedanken des Concordats mit Entschiedenheit entgegen. Sie erklärten ihn für ein josephinistisches Beginnen, und diese Ansicht, so eigenthümlich sie klingen mag, hat ihre Berechtigung. Es ist kein Zweifel, daß durch das Concordat ein österreichisches Staatskirchentum und innerhalb desselben ein österreichisches Primat geschaffen werden sollte, zu dessen Träger ein hochbegabter Kirchenfürst, der an dem Zustandekommen großen Antheil hatte, bereits ausersehen war. Päpstlich ist diese Tendenz eben nicht; in Rom bekämpften sie manche als eine zweite Auflage des in Frankreich herrschenden Gallicanismus. Wer der Sache tiefer auf den Grund geht, muß finden, daß das Concordat in Oesterreich offenbar centralistische Zwecke im Auge hatte; daher der Widerstand, den es besonders in Ungarn, zum Theile sogar im ungarischen Episcopat fand. Das ungarische Primat (Erzbisthum Gran) wäre durch ein österreichisches Primat (Erzbisthum Wien) nothwendig verdunkelt und in die Ecke geschoben worden.

„Es existirte von jeher und existirt noch heute nicht nur eine liberale und rationalistische, sondern auch eine conservative und correcte katholische Opposition gegen das Concordat; wie wäre sonst die Erscheinung zu erklären, daß die „clericalen“ Zeitungen Deutschlands, insbesondere Norddeutschlands, fast einstimmig die Aufhebung des Concordats befürworteten? Es scheint also nicht zu viel gesagt, wenn man die Erwartung ausspricht, daß auch strenggläubige Katholiken sich mit der künftigen Lage der kirchlichen Verhältnisse in Oesterreich versöhnen, in ihr einen fruchtbaren Boden zur gedeihlichen Entwicklung echt christlicher Principien finden werden. Die anti-concordatliche Richtung in Oesterreich bekämpft nicht den Katholicismus, sondern man möchte sagen, das Monopol, welches die katholische Kirche genoss und das ihr seit 1856 gewissermaßen durch eine Privilegiums-Urkunde verbrieft war. Die existirte Stellung hat der Kirche ungeniem geschadet. Auch künftig soll sie keines ihrer Rechte, keine ihrer Freiheiten entbehren; nur werden sich dieselben nicht mehr auf einen Vertrag von zweideutigem Werthe, sondern auf die Verfassung stützen. Diese gewährt der Kirche die vollkommenste Unabhängigkeit und Freiheit der Bewegung; an die Wiedereinführung sebronianischer Grundsätze, wie sie bis zum Jahre 1849 in Oesterreich herrschten, denkt Niemand. Eine Staatsreligion wird bei uns freilich nicht mehr existieren; allein es gibt viele Stimmen, welche in der Staatsreligion eben nicht die Freiheit der eigenen, sondern nur die Bedrohung jeder anderen Kirche erblicken.

„Es wird Aufgabe eines in besonderer Mission nach Rom abgehenden Staatsmannes (des Freiherrn v. Mesenbug) sein, diese und ähnliche Erwägungen dem päpstlichen Stuhle nahe zu legen. Man hofft, daß das Ohr des Papstes sich denselben nicht verschließen werde. Verstößt es gegen die Traditionen der Curie, demjenigen, was soeben auf confessionellem Gebiete in Oesterreich geschehen ist, die Weihe ausdrücklicher Billigung zu gewähren, so sind für Rom doch Gründe ge-

nug vorhanden, eine wohlwollende Beurtheilung und schweigende Duldung der vollendeten Thatsachen eintreten zu lassen.“

## Der Wehrgezetwurf.

Wien, 30. Mai. Die „N. Fr. Pr.“ brachte gestern die ihr von Pest zugekommene Nachricht, daß der Wehrgezetwurf nach den in Ofen stattgefundenen ministeriellen Beratungen nochmals der Generals-Commission vorgelegt und von dieser sogar wesentlich abgeändert worden sei. Wie die „N. Fr. Pr.“ nun auf das bestimmteste erfährt, ist diese Nachricht ihres Pester Correspondenten unrichtig; die sogenannte Generals-Commission würde sogleich nach Beendigung ihrer Aufgabe und noch vor Beginn der Verhandlungen in Ofen aufgelöst, und war es auch nie beabsichtigt, diese Commission nachträglich zur endgiltigen Feststellung der Wehrgezetvorlage nochmals zu Rathe zu ziehen. Einige Abänderungen sind allerdings an dem Entwurfe noch vorgenommen worden, jedoch geschah dies nur in den unter dem Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers stattgefundenen Conferenzen des diesseitigen Ministeriums, welchen auch der Reichs-Kriegsminister und Graf Andrassy beiwohnten. Hiemit entfällt auch die weitere Nachricht von der beabsichtigten Ernennung des Generals Better zum Reichs-Kriegsminister als jeder Begründung entbehrend, sowie das von der ungarischen „Linken“ aus dem falschen Gerüchte abgeleitete Motiv zur Opposition gegen den vereinbarten Entwurf.

## Ungarische Finanzreformen.

Pest, 29. Mai. Die Finanzcommission des Unterhauses hat in den letzten Wochen mit beispiellosem Eifer gearbeitet, und hat auch glücklich den riesigen Stoff der vorgelegten Finanzgesetze bewältigt. Die Arbeit war keine leichte, denn es mußten gleichzeitig die Staatseinkünfte erhöht und die Lasten der Steuerträger erleichtert werden — sicherlich eines der schwierigsten Finanzprobleme. Und daß die Lösung desselben der Commission bei den meisten Steuerkategorien gelungen ist, legt ein wichtiges Zeugniß für die finanzielle Capacität unseres Vertretungskörpers ab. Das Geheimniß dieser Lösung liegt in der zweckmäßigen und gerechtern Vertheilung dieser Steuerlast. Die Commission ließ sich von dem Grundsatz in erster Linie leiten, daß die ärmeren Schichten der Bevölkerung möglichst geschont, die wohlhabenderen zu erhöhten Leistungen angehalten werden sollen. Dieser Grundsatz findet namentlich bei der Hausclassensteuer, bei der Erwerbs- und Einkommensteuer seine Anwendung.

Die Steueranfätze für jene Hütten, in denen die armen Häusler und Tagelöhner wohnen, wurden herabgesetzt; die Herabsetzung, obwohl sie nur einige Kreuzer für den Einzelnen beträgt, ist doch in ihrer Gesamtsumme eine sehr bedeutende, denn es gibt in Ungarn 900.000 Hütten mit weniger als drei Gemächern. Um den Ausfall, der bei dieser untersten Classe entsteht, zu decken, mußten die höheren Classen bedeutend mehr belastet werden. Doch ist diese Mehrbelastung nicht drückend, da in der That die größeren Gebäude nach der Classensteuer bisher lächerlich gering besteuert waren; in um so grelleres Licht trat diese ganz ungerechtfertigte Minderbesteuerung, wenn man sie mit der Hauszinssteuer verglich; der Eigenthümer eines Gebäudes mit 40 und noch mehr Appartements in einem Orte, wo die Hausclassensteuer eingeführt war, zahlte weniger Steuer, als der Besitzer eines nicht den vierten Theil so großen Hauses nach der Miethzinssteuer. Daß dies Mißverhältnis aufhören wird, ist nichts weiter als gerecht, und ich wüßte nicht, mit welchem Rechte sich der Besitzer eines großartigen Castells darüber beklagen könnte, daß er beinahe soviel Haussteuer zahlt, wie ein armer Handwerker in der Stadt.

Die Einkommensteuer wird nach steigender Progression erhoben; der Finanzminister und die Commission gehen nämlich von dem richtigen Grundsatz aus, daß sich die Einkommensteuer vom zweiten Tausend Gulden leichter zahlen lasse als vom ersten. Auch auf die Familienmitglieder der Steuerzahler ist namentlich bei der Einkommensteuer Rücksicht genommen.

Wie bekannt, sind für das Einkommen Minimalanfätze festgestellt, die nach der Wohnungsmiethen, welche das betreffende Individuum zahlt, berechnet werden. Der Schlüssel dieser Berechnung ist nun verschieden, nicht nur je nach dem Berufe des Steuerzahlers, sondern je nach

der Anzahl seiner Familienangehörigen. Personen, deren Beruf es mit sich bringt, daß sie eine größere Wohnung halten müssen, zahlen einen geringeren Procentsatz vom Preise derselben, als jene, die ihre Wohnung nur zu eigenem, persönlichem Gebrauch haben; ebenso ist der Procentsatz ein geringerer bei Familienvätern mit zahlreicher Familie. Mit vielem Geschick hat die Commission auch die Frage der Steuereintreibung gelöst; einzelne Härten des ministeriellen Entwurfes sind beseitigt und doch ist für das gesicherte Einkommen der Staatsfinanzen mit der nothwendigen Strenge gesorgt.

Die Finanzcommission wird auch während der Pfingstferien ihre Arbeiten nicht aussetzen; sie hat gegenwärtig die Finanzgesetze erledigt und behandelt bereits die ersten Titel des Budgets. Wahrscheinlich dürften sämtliche Finanzvorlagen vor Mitte Juni vor das Plenum gelangen, und es ist daher trotz der Gründlichkeit, mit der vorgegangen wird, noch immer möglich, daß der ganze Staatsvoranschlag vor Ablauf der letzten bis zum ersten Juli l. J. reichenden Finanzindemnität gesetzlich erledigt sein wird. (Deb.)

### Ein officiöser Commentar zur Berliner Chronrede.

Berlin, 29. Mai. Die „Kreuzzeitung“ und die „N. Allg. Ztg.“ commentiren heute, die „wildernden“ Erklärungen der französischen Officiösen zurückweisend, die auf die „Verträge mit den Bundesgenossen“ bezügliche Stelle der Rede, mit welcher der König Wilhelm das Zollparlament geschlossen hat. Die „N. Allg. Zeitung“ schreibt: „Der französische „Constitutionnel“ vom 25. d. hat die Chronrede, durch welche am 23. d. das deutsche Zollparlament geschlossen wurde, in einem Artikel betrachtet. Wir verkennen nicht den Geist der Versöhnlichkeit, welcher in der Erörterung des französischen Blattes sich widerspiegelt; wir sprechen dies um so bereitwilliger aus, als andere französische Journale den „Constitutionnel“ gerade wegen seines Bestrebens, in objectiver, freundlicher Weise die königliche Rede zu beurtheilen, anfeinden, aber wir müssen doch auf zwei Punkte der Erörterung hinweisen, welche in dem genannten Blatte einer schärferen Erfassung bedürfen, um die Stellung des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland richtig zu begreifen. Die königliche Rede bekundet die Hoffnung, daß in den Mitgliedern des Parlamentes die Ueberzeugung herrschen werde, daß das brüderliche Gefühl der Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes unabhängig sei von der Form, in welcher dieses Gefühl zum Ausdruck gelangt sei. Die königliche Rede hat, wie nahe liegt, durch diese Worte darauf hingewiesen, daß jenes brüderliche Gefühl der Zusammengehörigkeit thatsächlich in Kraft, in Wirksamkeit bestehe, obgleich über die Form der „nationalen Verbindung“ der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde, welche Art. IV des Prager Friedens als das Fundament der nationalen Einigung des außerösterreichischen Deutschlands völkerrechtlich proclamirt, die nähere Verständigung noch nicht eingetreten ist. Wiederholen wir den Wortlaut der hierauf bezüglichen Stelle des Artikels IV: „Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich . . . erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie (des Mains) gelegenen deutschen Staaten in einen Verband treten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt . . .“ Es ist daher nicht gerechtfertigt, die königlichen Worte so zu deuten, als ob sie eine Gleichmäßigkeit der Verwaltung und der Gesetzgebung in dieser „nationalen Verbindung“ des Nordens und Südens Deutschlands für überflüssig erklärt hätten. Jene Worte der königlichen Rede hatten es mit dem Inhalt der Form für die völkerrechtlich proclamirte „nationale Verbindung“ gar nicht zu thun, sie constatiren die Brüderlichkeit der deutschen Gesamtheit, obgleich die politische Form für ihre Existenz erst noch zu suchen sei. Wenn ferner die königliche Rede auf die Rechte hinwies, welche der Krone Preußens durch die süddeutschen Regierungen und die gesetzlichen Volksvertretungen übertragen seien, so hätte der „Constitutionnel“ sich wohl sagen können, daß hierbei nicht an den Prager Frieden gedacht werden könne. Die in Artikel IV. des Prager Friedens in Aussicht genommene „nationale Verbindung“ des Südens und Nordens soll noch erst in die Geschichte treten, sich verwirklichen. Jene Worte der königlichen Rede sind also keine „offizielle Kundgebung“ in Betreff des Prager Friedens, sondern Hinweisungen auf die Rechte, welche die August-Verträge mit den süddeutschen Regierungen und der Zollvereins-Vertrag der Krone Preußen gewähren. Der Verwirklichung der Bestimmung des Artikels IV. des Prager Friedens über die „nationale Verbindung“ des norddeutschen Bundes mit Süddeutschland sehen wir noch entgegen.“

### Ein Brief des Grafen von Chambord.

Bei Gelegenheit des Besuches, den eben jetzt der Graf von Girgenti und seine Gemahlin, die spanische Infantin, der neapolitanischen Königsfamilie in Rom abstatten, hat der Graf von Chambord, wie man der „Allg. Ztg.“ aus Neapel schreibt, einen Brief an

den König von Neapel gerichtet, in welchem er bemerkt, daß die jüngeren Zweige der bourbonischen Familie sich so lange immer in einer schwankenden Lage befinden würden, bis der Hauptzweig seinen Thron wieder erlangt habe. Dann fährt er fort: „Das gute französische Volk beginnt glücklicherweise zu begreifen, daß der einzige Stamm, unter welchem der Ruhm Frankreichs wuchs und die Freiheit des Volkes sich entwickelte, derjenige meines großen Ahnen Heinrichs IV. ist, während es unter der Regierung der Usurpation nur einen kurzen Schimmer eitelns Ruhms fand, auf welchen zweimal die grausamsten Enttäuschungen und die härtesten Demüthigungen der nationalen Ehre Frankreichs folgten. Dieses edle Volk versteht außerdem, daß, je mehr Frankreich sich von den Bourbonen abwendet, desto mehr die ihm von meinen Vätern bewilligten Freiheiten abnehmen. Diese traurige Erfahrung von fast vierzig Jahren, die mein theures Frankreich duldet, ist daran, ihre Früchte zu tragen, und der Tag kann nicht mehr fern sein, an welchem diese edle und unglückliche Nation ihren legitimen König und damit ihr Glück, ihren Ruhm, ihre Freiheit wieder erlangen wird.“

### Die Aufregung im Quartier Latin zu Paris

dauert fort und ist eigentlich im Zunehmen begriffen, da die Polizei-Agenten am 26. Mai einen Studenten so zugerichtet haben, daß er nach dem Spital gebracht werden mußte; sein Leben ist jedoch nicht in Gefahr. Dieses ereignete sich nach der Vorlesung am 26. Mai des Dr. Vulpian, der auch vom Cardinal de Bonnehose angegriffen worden war. Die Studenten hatten sich nämlich in Unzahl in den Saal begeben, wo die Vorlesung stattfinden sollte, und jeder neue Ankömmling wurde mit Hurrahs empfangen. Als Vulpian erschien, schwieg alles und der Professor dankte den Studenten für die ihm gegebenen Beweise der Sympathie, indem er zugleich constatirte, daß der wissenschaftliche Unterricht nichts gemein habe mit den religiösen und politischen Fragen. Die Rede des Professors wurde auch ohne Aufhören von der Beifallszustimmung der Studenten unterbrochen. Nach der Vorlesung versammelten sich die Studenten auf dem Plage, der sich vor der medicinischen Schule befindet. Sie waren ziemlich erregt, und man beschloß, dem Dr. Machelard, der den Professor See verleumdete hatte, ein Charivari darzubringen. Dieses geschah auch. Plötzlich ertönte aber der Ruf: Nach dem Senat! und bald setzte sich der ganze Studentenhauften nach dem Palais du Luxembourg in Bewegung. Bis dahin hatte sich kein Polizei-Agent gezeigt. Aber in dem Augenblicke, wo die Studenten vor dem Luxembourg ankamen, erschien eine Abtheilung Polizeidiener, welche Wiene machte, den Luxembourg zu vertheidigen. Die Studenten, welche nichts Ernsthaftes im Schilde führten, brachen in ein unbändiges Gelächter aus und traten den Rückzug an. Damit schien aber den Polizeidienern nicht gedient zu sein, denn sie stürzten den Studenten nach und drangen in ihre Reihen ein, worauf eine Art von Keilerei entstand. Einer der Agenten zog seinen Degen und ein anderer faßte den Studenten, von welchem oben die Rede ist, an den Haaren und warf ihn zu Boden. Seine Kameraden wollten ihn befreien, und es wäre wahrscheinlich zu einem blutigen Kampfe gekommen, wenn nicht glücklicher Weise ein Officier de paix herbeigeeilt wäre und der Kampfeswuth der beiden Parteien durch versöhnliche Worte ein Ende gemacht hätte. Die Aufregung, welche in Folge dieser Ereignisse herrscht, ist groß. Doch kam es bis jetzt nicht zu weiteren unruhigen Ausritten. Der Vorlesung See's am 27. wohnte wieder eine Anzahl Studenten an. Als er im Saale erschien, brach ein Beifallsrufen aus, das über 10 Minuten dauerte. See gelang es endlich, zu Worte zu kommen. „Meine Herren,“ meinte er, „es ist 2 Uhr 10 Minuten. Die Vorlesung ist also im Rückstande. Man sagt, daß wir vom Staate bezahlte Leute seien und wir das Geld der Steuerpflichtigen für den Fortschritt der Wissenschaft anwenden müssen.“ Die Vorlesung begann alsdann.

### Der Panславismus in seinem Princip vernichtet,

oder: „Un Pluriel pour un Singulier,“ ist der seltsame Titel einer Flugschrift, die der in Frankreich wegen seiner ethnographischen und geographischen Arbeiten geschätzte Schriftsteller Casimir Delamarre in den nächsten Tagen bei Dentu in Paris erscheinen läßt. In der Flugschrift ist der Beweis geliefert, daß das Schreckgespenst des Panславismus vom intellectuellen Standpunkt zuerst vor 28 Jahren durch ein französisches Gespenst leibhafte Gestalt erhalten hat. In der That hat Herr Cousin als Unterrichtsminister 1840 im College de France durch ein besonderes Gesetz den Lehrstuhl einer slavischen Sprache und Literatur gründen lassen, wobei er von der verkehrten Voraussetzung ausging: es gebe eine slavische Sprache und ein slavisches Volk. Unter solchen Umständen konnte Rußland, gestützt auf den verbreiteten Irrthum, sich doppelt leicht des Panславismus wie zuvor der Orthodoxie als politischer Waffe bedienen, und die russischen Gelehrten haben bei ihrem Anspruch, daß das Russische die slavische Sprache par excellence sei, aus der falschen in Paris vorgebrachten Lehre reichlichen Vortheil gezogen. Dieses

falsche wissenschaftliche Princip muß zerstört werden, sagt Herr Delamarre, indem man auf dem Wege eines Verbesserungsantrages zum Budget den gegenwärtigen Titel des Lehrstuhles in denjenigen eines Lehrstuhles für die slavischen Sprachen und Literaturen umwandelt. Es ist kaum zu zweifeln, daß der gesetzgebende Körper den entsprechenden Beschluß fassen und daß dieser in der slavischen Welt sehr großes Aufsehen erregen wird.

### Ueber die polnische Insurrection

fließen die Nachrichten sehr spärlich, und das wenige, was berichtet wird, stammt aus höchst verdächtiger, der russisch-ostpreussischen Quelle. Es wurde bereits auf die örtliche Entfernung zwischen Gumbinnen und der an die Provinz Lublin anstoßenden Grenze Ostgaliziens hingewiesen, welche es sehr unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß man in dem Hauptorte von Preussisch-Litauen früher als in Wien Nachrichten von einer an jener Grenze ausgebrochenen Bewegung erhalten habe. Das selbe Argument machen die „Debats“ gegen die Aufstandsnachricht geltend; sie sagen: „Wie sollte eine so wichtige Meldung zuerst aus der ostpreussischen, beinahe am baltischen Meere liegenden Stadt, die 120 bis 130 Stunden von der Grenze Galiziens entfernt liegt, nach Berlin gelangen?“ und werfen dann die Frage auf: „Was sollen und wollen die gewissen „Banden,“ gegen wen insurgiren sie? Welches Interesse könnten die Polen haben, Oesterreich gerade in dem Augenblicke in welchem es sich ohnehin durch seine weitgehenden Zugeständnisse an Galizien Rußland gegenüber compromittirt hat, so furchtbare Verlegenheiten zu bereiten?“ Wenn die Polen ein derartiges Interesse nicht haben, so haben es die russischen Agents provocateurs und ihre journalistischen Handlanger in Berlin umsomehr. Für die Letzteren wird der blinde Eifer, mit welchem sie die mageren Notizen aus Gumbinnen aufputzen, zum Verräther; man merkt aus jeder Zeile die Absicht tendenziöser Verdrehung und die herzliche Schadenfreude, Oesterreich als den Sündenbock für die „neue Friedensstörung“ hinzustellen; so erzählt selbst die Spener'sche Zeitung, welche den Gumbinner Meldungen gegenüber sich reservirt hält, ihren Lesern: „Die eine Thatsache läßt sich nicht in Abrede stellen, daß in der polnischen Emigration eine große Bewegung stattfindet. Polnische Flüchtlinge, welche sich bisher in der Schweiz aufgehalten haben, verlassen seit etwa 10 Tagen dieselbe in kleineren Abtheilungen. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß sie mit österreichischen Pässen versehen, größtentheils nach Galizien gehen. Theilweise mag dies durch die politische Lage, in welcher sich Galizien befindet, erklärlich sein. Die Polen hoffen dort unter den obwaltenden Verhältnissen theils ein Unterkommen zu finden, theils glauben sie in Wien die Erlaubniß zu erhalten, sich in den Galizien benachbarten Districten niederzulassen. Wie man sagt, wären die Polen von ihren Parteiführern angewiesen, diejenigen Papiere den österreichischen Behörden vorzulegen, wodurch sie sich als befähigt ausweisen könnten, für ihren Unterhalt zu sorgen. Außerdem hätten sie von der Polizei der schweizerischen Cantone, in denen sie sich aufhielten, ein Führungsattest beizubringen.“ Die Spener'sche Zeitung bringt diese „Bewegung unter der polnischen Emigration“ mit den Insurrections-Gerüchten in Zusammenhang.

### Oesterreich.

West, 29. Mai. (Rumänenversammlung.) Die in Kronstadt erscheinende „Gazetta Vera“ vom gestrigen Tage veröffentlicht das Pronunciamento eines am 15. d. M. in Blasendorf stattgefundenen Rumänenversammlung, worin die volle Autonomie Siebenbürgens, die Reactivirung der Hermannstädter Landtagsartikel vom Jahre 1863, die Wiedereinberufung des siebenbürgischen Landtages auf Grundlage des Zahlenverhältnisses der Kopfzahl gefordert und die Ungültigkeit aller vom Pester Reichstage bezüglich Siebenbürgens gebrachten Besetze erklärt wird.

### Ausland.

Berlin, 28. Mai. (Der Zollbundesrath) genehmigte den Handelsvertrag mit den Hawaiischen Inseln sowie die Ergänzung des Handelsvertrages mit China. Das Präsidium beantragte den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Japan. Gegen den Anschluß der Tiroler Gemeinde Jungholz an das bayerische Zollsystem wurde nichts vorgebracht.

Königsberg, 29. Mai. (Ueber das in Mecklenburg verübte Verbrechen) erfährt man heute folgendes Nähere: Der stellvertretende Staatsanwalt, Kreisrichter Labes, hatte eine Frau verhaften lassen. Der Mann derselben verlangte deren Freilassung, und als diese verweigert wurde, versetzte er dem Staatsanwalt zwei Stiche in die Brust und in den Unterleib. Der Mörder wurde mit der größten Mühe entwaflnet und gefesselt. Herr Labes starb in der Nacht um 1 Uhr unter den größten Schmerzen.

London, 29. Mai. (Oberhausung.) Lord Russell wirft der Regierung vor, daß sie trotz der Niederlagen im Amte verbleibe, und fordert baldmög-

lichte Neuwahlen. Malmesbury verteidigt die Regierung und stellt den Gegnern ein Misstrauensvotum anheim.

— 29. Mai. (Unterhausung.) Auf eine Interpellation Gladstone's erwidert Disraeli, er entfage einer weiteren Opposition gegen die Kirchenbill. Forster interpellirt wegen des Termins der Neuwahlen, Disraeli antwortet ausweichend.

**New-York**, 19. Mai. (Die Repräsentantenkammer) hat eine Untersuchung angeordnet, ob ungesekliche Bemühungen stattgefunden haben, um den Senator Henderson in seiner Abstimmung zu beeinflussen, und ermächtigte die Anklagecommissäre, zu untersuchen, ob dieser Senator unter dem Einflusse der Bestechung gestimmt habe. — Das Comité für die auswärtigen Angelegenheiten hat den Anlauf der Halbinsel Alaska empfohlen. — Salade wurde von den Insurgenten auf Cocos gezwungen, sich nach Port-au-Prince zurückzuziehen. Ein englisches Kriegsschiff hat Jamaica verlassen, um die Amerikaner zu beschützen.

— 20. Mai. (Die Anklagecommissäre haben den Bürger Riche aus Ohio, welcher am Vorabend der Abstimmung von der Bank in Washington eine bedeutende Summe erhalten hatte, verhört, um zu erfahren, ob diese Summen zur Bestechung von Senatoren verwendet wurden; mehrere andere Zeugen, darunter drei Journalisten, wurden gleichfalls in dieser Angelegenheit verhört. — In Canada wurden Maßregeln gegen eine beabsichtigte Fenier-Invasion getroffen.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser werden — wie die „Dest. Corr.“ meldet — am 5. Juni von Ofen zurück erwartet. Bis jetzt ist durchaus nichts näheres über eine Reise Allerhöchstdeselben nach Prag oder auch Brünn, wo man der Ankunft Sr. Majestät am 7. entgegen zu können meinte, bekannt.

— (Ein wertvolles Geschenk.) Der k. k. Botschafter in Constantinopel Freiherr v. Prosch-Osten hat dem archäologischen Cabinet der Grazer Universität eine reichhaltige und wertvolle Sammlung (gegen 200 Stücke aus Gold, Silber und Kupfer) von phönizischen, jüdischen, griechischen, römischen, parthischen, armenischen und byzantinischen Münzen zum Geschenke gemacht.

— (Die Akademie der Wissenschaften in Wien) hielt am 30. v. M. ihre diesjährige feierliche Schlussung. Ritter v. Schmerling eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die erschienenen Mitglieder Namens des Curators der Gesellschaft, Erzherzog Albrecht, begrüßte und auf Grund der in dem Jahresberichte dargelegten Thatsachen der Gesellschaft die schönsten Erfolge prognosticirte. Herr v. Schmerling wies darauf hin, daß aus allen Theilen des Reiches Mitglieder erschienen seien, was für das allgemeine Interesse an der Wissenschaft zeuge, welches, trotzdem, daß die Lösung der politischen Fragen alles völlig in Anspruch nehme, doch nicht geschwunden sei. — Dies komme daher, weil die Wissenschaft jetzt in steter Beziehung zum Leben sei. — Redner schließt mit der Versicherung, daß die Akademie ihre Aufgabe immer im Auge behalten werde, mögen auch ernste Ereignisse die Welt in feberhafte Aufregung versetzen, ja sie vielleicht gar erschüttern. Hierauf hielt der Präsident Karajan einen Vortrag über „Kaiser Leopold I. und Peter Lambert.“ — Der Jahresbericht, vorgetragen von dem Generalsecretär der Akademie Professor Miklosich erwähnt die Ernennung des Erzherzogs Albrecht und des Admirals v. Tegetthoff zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft. Während Kaiser Max von Mexico wird als Ehrenmitglied der Gesellschaft ein warmer Nachruf gewidmet. Der unter der Aufsicht der Akademie ausgearbeitete Bericht der Novara-Expedition geht seiner Vollendung entgegen. Der Jahresbericht zählt nun eine Reihe von Namen auf, deren Träger zu wirklichen correspondirenden Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften in diesem Jahre ernannt wurden. Die eigentliche Thätigkeit der Akademie entfaltet sich in den einzelnen Commissionen, durch welche auch eine Subventionirung der Akademie erwirkt wurde. Ueber Ersuchen des Handelsministeriums, ein einheitliches metrisches Maß, daß auch zur Durchführung gelangen soll, vorzuschlagen, erklärte die betreffende Commission das von Dr. Steinheil in Paris ausgestellte Maß und Gewichtssystem als allen Anforderungen entsprechend. Dieses Muster ward um den Preis von 6000 fl. rheinischer Währung angekauft und der Gesellschaft übergeben. Das Ersuchen des Dr. Edmund Ash um Subventionirung behufs einer Reise nach Aven, die dieser im Vereine mit Dr. Theodor Oppolzer zur Beobachtung der für den 18. August vorher berechneten totalen Sonnenfinsterniß antreten will, soll dem Unterrichtsministerium zur Beachtung empfohlen werden. Dr. v. Karajan verstandete hierauf die zweite Zuerkennung des Lieben'schen Preises „für die ausgezeichnete, während der letzten sechs Jahre veröffentlichte Arbeit im Gebiete der Chemie mit Inbegriff der physikalischen Chemie.“ Die Commission hat in ihrem Berichte vom 14. Mai d. J. erklärt, daß von einem Oesterreicher keine preiswürdige Arbeit geliefert worden. Die relativ besten Arbeiten waren von Dr. Ed. Widemann, Professor an der Universität zu Lemberg, und von Dr. Karl v. Tann geliefert worden, zwischen die nun der Preis (900 fl.) zu gleichen Hälften vertheilt wird. Schließlich sprach Professor Victor v. Lang, wirkliches Mit-

glied der Akademie, über unsere Kenntnisse von den optischen Eigenschaften der Krystalle.

— (Militärisches.) Von den beiden österreichischen Officieren, Corvetten-Capitän Graf Kielmannsegge und Rittmeister v. Rodolisch, welche die englische Expedition nach Abyssinien mitgemacht haben, sind Nachrichten eingelaufen, und zwar vom Ersteren vdo. Addigrast, 10. April, vom Letzteren vdo. Didi, 17. April. Graf Kielmannsegge erkrankte in Antalo und mußte dort zurückbleiben, während Rittmeister Rodolisch am 11. von dort aufbrach und sich am 16. April sieben Meilen von Murrava befand. Da die Einnahme von Magdala jedoch bereits erfolgt war, so ist Rittmeister Rodolisch zu spät gekommen und hat derselbe das englische Hauptquartier erst nach geschlossener Action erreicht.

— (Eine neue Gewehr-Kartätsch-Patrone.) Aus Brünn wird geschrieben: Dieser Tage sind in Brünn von einem Privaten in Gegenwart mehrerer Sachkundigen vom Militär- und Civilstande mit einer neuartigen Kartätsch-Patrone für Handfeuerwaffen wiederholt sehr interessante Versuche angestellt worden, welche ein überraschend günstiges Resultat lieferten. Bei den Versuchen bediente man sich eines nach Wänzl-System umgeänderten Infanterie-Gewehres. Die versuchte Patrone unterscheidet sich von den gegenwärtigen Militär-Patronen mit Metallhüllen dadurch, daß in der Metallhülle statt eines, fünf mit einem Papierstreifen umwickelte Geschosse von eigener Formation eingeschoben sind. Die angestellten Versuche lieferten den Beweis, daß der Erfinder die den einzelnen Geschosstheilen zu gebende Streuung ganz in seiner Gewalt hat. Die Anwendbarkeit dieser Geschosse zu Kriegszwecken und bei Jagden auf Hochwild und Raubthiere unterliegt keinem Zweifel.

— (Eine Adelsberger Grotte bei Wien.) In den nächsten Tagen wird eine der interessantesten Naturmerkwürdigkeiten, eine Höhle von riesiger Ausdehnung und voll der herrlichsten, imposantesten Stalaktiten, dem Publicum zugänglich gemacht werden. Es ist das die Hermannshöhle im Eulenberge nächst Kirchberg am Wechsel. Mit dem Bergnähigungszuge der Südbahn gelangt man in zwei Stunden nach Slogguin, von dort fährt ein reizender Waldweg in anderthalb Stunden — der Fahrweg ist sehr bequem, aber länger, weil man auf einer serpentinartig gebauten Straße über das Gebirge fahren muß — nach Kirchberg. Zehn Minuten von Kirchberg liegt der Eulenberg, ein Pfad, ungefähr fünfhundert Schritte lang, führt zum Eingang der Grotte. Weidmann gibt in seinem bekannten Buche: „Die Alpengegenden Niederösterreichs“ folgende Schilderung der Grotte und ihrer Auffindung. Vor länger als einem halben Jahrhundert hatten Hirtenjungen durch Zufall die Höhle gefunden. Sie ward nur von wenig Reisenden besucht, und auch diese begnügten sich mit dem Anblick der ersten Halle; weiter vorzudringen, getraute sich niemand, der unzugänglichen Abstände wegen. Der Dietrich'sche Beamte, Herr Hermann Steiger, Edler v. Amstein, wagte es 1842 zuerst, die Höhle näher zu untersuchen, und seine kühnen Forschungen gaben die staunenswerthen Resultate. Er ward der Entdecker einer der größten Naturmerkwürdigkeiten unferes Vaterlandes, denn diese Höhle gehört zu den merkwürdigsten Gebilden dieser Art. Ihre Ausdehnung ist auch jetzt noch nicht vollständig bekannt, und die Verzweigung so vielfach, daß selbst die Durchwandlung der bis jetzt erforschten Räume mehrere Stunden in Anspruch nimmt. Dieselben sind jetzt durchaus gangbar gemacht und dürften bald einen der anziehendsten Ziele für Wiener Ausflügler bilden.

— (Eine Wette eigenthümlicher Art) hat kürzlich in Ungarn zwischen einigen Gelehrten stattgefunden. Die Wette bestand in der Behauptung von Seiten eines Herrn Michailowich gegen seine Gegner, daß die deutsche und französische Gastfreundschaft eben so groß sei als die ungarische, und daß der wettende Parteimann, Herr Michailowich, es unternehmen wolle, von Pest nach Paris lediglich auf das Vertrauen der ihm zu gewährenden Gastfreundschaft zu reisen, und weder für Unterhalt noch Reisekosten irgend eine Auslage machen zu müssen. Während den neunzehn Reisetagen, welche Herr Michailowich nun bereits zurückgelegt hat, ist es ihm vollkommen gelungen, auf verschiedenen Coelhöfen, in Klöstern, bei Gutsbesitzern, Privaten und Militärs die freundlichste Aufnahme und Weiterbeförderung zu finden.

— (Ferdinand Freiligrath.) Ferdinand Freiligrath hat seine rheinischen Freunde — einer Mittheilung der „Allg. Ztg.“ vom Rhein, vdo. 20. d., zufolge — seit einigen Tagen schon wieder verlassen und ist nach London zurückgereist. Der Dichter ist leider in die preussische Anwesenheit nicht eingeschlossen und über seinem Haupte schwebt noch immer der Stedbrief aus der Manteuffel'schen Reactions-Periode, so daß der Staatsanwalt ihn jeden Augenblick vor Gericht stellen könnte. Aber der Dichter wird trotzdem und alledem im nächsten Monat doch mit Frau und Kind nach Deutschland kommen und seinen bleibenden Wohnsitz in Stuttgart nehmen. Vorausichtlich würde man ihn in Preußen nicht vor Gericht stellen, weil man sich durch einen politischen Proceß aus der Revolutionszeit alle nationalen, vielleicht sogar die national-liberalen Sympathien verschmerzen könnte; aber ein bloßes Geduldetsein genügt dem Dichter nicht. Er hat sich in dieser Beziehung mehrmals schriftlich und mündlich gegen seine Freunde ausgesprochen: „Ich lann und mag nicht wohnen, wo ich bloß geduldet werde und der Staatsanwalt mir jede beliebige Stunde mein Pult zu durchstöbern das Recht hat; ich lann und

mag mich auch nicht zu einem Gnadengesuch entschließen, da ich nichts verbrochen habe; ich habe meine Freiheitslieber für das Volk gesungen und werde der Freiheit und dem Volke leben, so lange ich atme.“ Die wenigen Tage, die der Dichter am Rhein verlebte, waren für ihn förmliche Triumphtage. Obgleich er selbst und seine Freunde jede öffentliche Ovation abwehnten, so mußte er sich dergleichen doch überall gefallen lassen, wo man ihn erkannte. Sichtlich gerührt war Freiligrath, als er auf der Rückfahrt von Eurch von dem Capitän der „Voreley“ erkannt wurde und dieser sofort alle Ehrenslaggen aufhobte und den Dichter mit drei Salven begrüßte. Die Thränen standen da nicht bloß dem Dichter in den Augen! Hoffen wir, daß ein freies Deutschland ihm demnächst die große deutsche Heimat vollberechtigt erschließen werde.

— (Zur Arbeiterfrage.) Der norddeutsche Reichstag hat in seiner am letzten Donnerstag abgehaltenen Sitzung nachfolgende von Herrn Schulze-Delshöch vorgeschlagene Resolution angenommen: „den Bundesrath aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin das unbedingte Verbot jeder Beschlagnahme noch nicht verdienter Arbeits- oder Dienstlöhne im Executions- und Arrestwege ausgesprochen wird.“ Die Resolution wurde fast einstimmig gefaßt; alle Parteien stimmten dafür.

— (Zur internationalen Käserfrage.) Wir lesen in der „Allg. Ztg.“: Die von allen Regierungen (des Auslandes) zur Massenverbreitung empfohlene Schrift Dr. Slogger's: „Die nächstbesten Freunde der Land- und Forstwissenschaft unter den Thieren, als die von der Natur bestellten Verbäuer und Bekämpfer von Ungeziefer, Schädern und Mäusefraß“, liegt in sechster unveränderter Auflage vor. (Berlin, allgemeine deutsche Verlagsanstalt.) Der bisherige Absatz dieses vortrefflichen Werkes hat bereits die Höhe von 100.000 Exemplaren erreicht.

— (Deutsche Nordpolexpedition.) Am 25ten Mai ist die erste deutsche Nordpolexpedition mit dem kleinen Schiff „Germania“ von Bergen in Norwegen aus in See gegangen, um zunächst nordwestlich auf die Insel Sabine (so ziemlich der höchste dort erreichte Punkt) an der Ostküste Grönlands (75° nördl. Br.) loszusteuern, dann zwischen 74½ und 80° einen Zugang zur grönländischen Küste zu suchen und, falls sich an derselben wie an der westlichen Fahrwasser ergibt, so weit als möglich gegen Norden vorzudringen, eventuell den durch Capitän Lory unlängst entdeckten großen Polarcontinent von 140.000 Quadratmeilen zu erforschen. Oberbefehlshaber der Expedition ist Obersteuermann Koldewey aus Bäden bei Hoya, dessen Stellvertreter Obersteuermann Hildebrandt aus Magdeburg. Außer den geographischen, meteorologischen u. u. Ausnahmen sind der Expedition aufgegeben: Sammlung von Gesteinsproben, Pflanzen, Insecten, Schmetterlingen, Schlamm- und Kalksteinproben, Erlegung von Pelztieren u. u., wo möglich auch das Mitbringen von zwei Eskimos. Die Dauer der Fahrt ist auf den Sommer 1868 und bei günstigen Verhältnissen bis in den Spätherbst hinein berechnet. Nachdem der deutsche Nationalverein es abgelehnt hatte, die für eine deutsche Flotte gesammelten Gelder diesem Unternehmen zu widmen, hat Dr. Petermann in Gotha, von welchem die erste Idee ausging, die Ausrüstung auf seine eigene Gefahr übernommen. Die von verschiedenen Seiten eingegangenen Beiträge betragen bis jetzt etwa 9000 Thaler, eine Summe, welche natürlich nicht die Kosten, geschweige die in Aussicht genommenen Prämien für Entdeckung (5000 Thlr.) deckt. Dr. Petermann fordert deshalb alle, die sich für das Unternehmen interessieren, auf, dasselbe durch Beiträge zu fördern.

— (Gesandte der Hansestädte.) Die Senate der drei Hansestädte haben sich geeinigt die diplomatischen Posten in Washington, London und Paris eingehen zu lassen, während die Vertretung in Berlin neben der Abordnung zum Bundesrath auch fernerhin für erforderlich gehalten wird. Die Abberufung soll zum 1. Juli erfolgen.

— (Im päpstlichen Ruavencorps) befinden sich: Holländer 1910, Franzosen 1301, Belgier 686, Römer 157, Irländer 101, Preußen 87, Engländer 50, Canadier 135, Spanier 32, Schweizer 19, Neapolitaner 14, Modeneser 12, Schotten 10, Polen 12, Amerikaner 14, Toscaner 6, Oesterreicher 7, Portugiesen 6, Malteser 3, Russen 2, Decanter 1, Indianer 1, Afrikaner 1, Peruaner 1, Mexicaner 1, Circassier 1. Summa 4593.

— (Das große Werk der Auetrodnung der pontinischen Sümpfe) geht seiner Vollendung entgegen. Am 17. v. M. wurde in feierlicher Weise die Schleuse geöffnet, durch welche die stehenden Wasser aus dem tiefer gelegenen Theile des Landstriches zwischen dem Tiber-Flusse und Torre Paderno bei Ostia ins Meer abgeleitet werden. Im Sommer wird bei der vollständigen Auetrodnung des Terrains durch das Abbrennen der Sumpfpflanzen das Werk beendet sein.

## Locales.

— (Vacanz.) Eine Landesgerichtsrathsstelle mit dem Gehalte von 1890 fl., event. 1470 fl. und dem Vorrückungsrecht, ist beim Grazer Landesgerichte erledigt. Bewerbungen sind baldigst beim Präsidium des genannten Gerichtes einzureichen.

— (Trauungsstatistik.) Im Jahre 1865 haben in Krain 3179 Trauungen stattgefunden. Von die-

sen entfällt die höchste Zahl auf den Monat Februar (1438) und die geringste auf März (3). Nicht uninteressant dürfte es sein, auf das Altersverhältniß einen Blick zu werfen. Von Männern im Alter bis 24 Jahren wurden Eben eingegangenen mit Frauen im Alter: bis 20 Jahren (148), 20-24 (231), 24-30 (146), 30-40 (39), 40-50 (5), über 50 (1). Männer im Alter von 24-30 Jahren heiratheten Frauen im Alter von: bis 20 (179), 20-24 (316), 24-30 (379), 30-40 (134), 40-50 (18), über 50 keine. Männer im Alter 30-40 Jahren mit Frauen bis 20 Jahren (70), 20-24 (224), 24-30 (401), 30-40 (258), 40-50 (64), über 50 (7). Männer von 40-50 Jahren mit Frauen im Alter bis 20 (10), 20-24 (40), 24-30 (106), 30-40 (153), 40-50 (65), über 50 (11). Männer von 50-60 mit Frauen im Alter von: bis 20 Jahren (2), 20-24 (6), 24-30 (19), 30-40 (40), 40-50 (36), über 50 (13). Männer über 60 Jahre mit Frauen im Alter: bis 20 Jahre -, 20-24 (2), 24-30 (2), 30-40 (13), 40-50 (17), über 50 (6). Von den Heirathenden war der größte Theil (2528) beiderseits ledig, 67 vermittw., 404 Witwer heiratheten ledige Mädchen und 180 Witwen ledige Männer.

(Das Adelsberger Grottenfest) gestaltete sich heuer zu einem der glanzvollsten; 3-4000 Menschen bewegten sich in der weltberühmten Grotte. Der Bruttoerlös an Entrée betrug circa 2600 fl. Die gegenwärtige Grottenverwaltung, unter der Leitung des Herrn Bezirksvorstehers G l o b o n i k, bietet alles auf, um die Besichtigung dieses Naturwunders mit Rücksicht auf Comfort für die Besucher so bequem als möglich zu machen. Seit kurzem sind Verhandlungen wegen Anlegung einer ordentlichen, für Wagen fahrbaren Chaussee zur Grotte im Zuge. Schattenplätze sind angelegt, die Wege in der Grotte selbst verbreitert worden. In dem europabekanntem Gasthose D o g a t finden Reisende eine comfortable Unterkunft und aufmerksame Bedienung. Auch bei dem diesmal ungewöhnlichen Menschenandrang wurden alle billigen Anforderungen befriedigt. Seit 2 Monaten erfreut sich übrigens Adelsberg eines starken Fremdenbesuches, hauptsächlich von Engländern und Amerikanern. Man erwartet demnächst Separatzüge von Rußland und Berlin.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 3. Juni. Johann Aubel: Diebstahl und öffentliche Gewaltthätigkeit; Franziska Aubel: Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit; Jakob Drezbnik: schwere körperliche Beschädigung; Franz Sitar: schwere körperliche Beschädigung. — Am 4. Juni. Jakob Rogouschek: Betrug; Jakob Svet und Andreas Opela: Holzdiebstahl. — Am 5. Juni. Johann Berce: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Grad: schwere körperliche Beschädigung.

Neueste Post.

Paris, 30. Mai. Wie die „Franz. Corr.“ hört, ist hier vor wenigen Tagen eine Depesche des Freiherrn v. Beust an den Fürsten Metternich eingetroffen, welche die Antwort des Wiener Cabinets auf die Vorstellungen enthält, die seitens der französischen Regierung gegen die Finanzprojekte des cisleithanischen Ministeriums gemacht worden sind. Die Depesche, von welcher wohl ein Duplicat nach London abgegangen sein mag, enthält einen motivirten Appell an die Billigkeit der fremden Cabinetts; sie weist auf die Reihe wenigstens zum Theil unverschuldeter Unglücksfälle hin, welche den österreichischen Kaiserstaat in den letzten Jahren befallen und am empfindlichsten und unmittelbarsten die Finanzen des Reiches berührt haben; sie erinnert daran, daß der österreichische Souverän das sicherste Mittel zur Besserung dieses Zustandes und zu einer dauerhaften Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staats in der Einführung constitutioneller Einrichtungen erblickt habe, daß jetzt das Los der österreichischen Finanzen in die Hände der Volksvertreter des Landes gelegt sei, und sie knüpft hieran die Hoffnung, daß die fremden Regierungen, welche die neue Verfassung des Kaiserstaates mit so ausgesprochener Sympathie begrüßt haben, jetzt nicht dem Wiener Cabinet in seinen Verhältnissen zu der Reichsver-

tretung Schwierigkeiten bereiten, sondern vertrauensvoll die Entschlüsse dieser Versammlung, welche mehr als eine Probe ihrer Mäßigung und Loyalität abgegeben, abwarten werden. An die Ueberreichung dieser Depesche knüpfte sich eine Unterredung zwischen dem Fürsten Metternich und dem Marquis de Moustier, welche zum Resultat die ausdrückliche Zusicherung des französischen Ministers hatte, das Tuilerien-Cabinet beabsichtige in keiner Weise einen Druck auf die Acte des österreichischen Reichsrathes zu üben, und es werde, wie die Entschlüsse dieser Versammlung auch ausfallen mögen, durch dieselben seine guten Beziehungen zu der Wiener Regierung durchaus nicht alteriren lassen. Fürst Metternich hat heute einen außerordentlichen Courier nach Wien expedirt.

Paris, 31. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin haben sich zur landwirthschaftlichen Ausstellung nach Rouen begeben.

Rouen, 31. Mai. Der Kaiser hielt zwei improvisirte Ansprachen; die erste Ansprache an den Maire constatirte die überstandenen Leiden der industriellen und Ackerbau treibenden Bevölkerung und drückt die Hoffnung aus, daß sie beendigt seien; die zweite Ansprache an den Cardinal sagt: Trennen wir niemals die Liebe zu Gott von jener zum Vaterlande. Es herrscht ungeheurer Enthusiasmus.

Paris, 1. Juni. Der „Moniteur“ veröffentlicht die Antwort des Kaisers auf die Ansprache des Maire von Rouen, in dem Sinne, wie selbe telegraphisch bereits gemeldet wurde. Auf die Ansprache des Cardinals erwiderte der Kaiser: „Die Kirche ist das Heiligthum, wo sich die großen Principien der christlichen Moral, welche den Menschen über seine materiellen Interessen erheben, unverfehrt erhalten. Verbinden wir also mit dem Glauben unserer Väter das Gefühl des Fortschrittes und trennen wir nie die Liebe zu Gott von der Liebe zum Vaterlande. Auf diese Weise werden wir weniger unwürdig des göttlichen Schutzes sein und erhobenen Hauptes auf dem Pfade der Pflicht durch alle Hindernisse schreiten. Ich danke Ihnen für die Wünsche, welche Sie der Kaiserin und meinem Sohne darbrachten; der Segen seines erlauchten Pithen und die Gebete des Clerus von Frankreich werden ihm Glück bringen.“

Paris, 1. Juni. Nach einer Nachricht aus Tunis vom 30. Mai wird versichert, daß das Uebereinkommen morgen unterzeichnet wird, wodurch Frankreich Genugthuung erhält.

Paris, 2. Juni. (Tr. Ztg.) Der „Constitutionnel“ dementirt die Nachricht von der Verhaftung dreier Individuen in Rouen wegen eines beabsichtigten Attentats auf den Kaiser.

Brüssel, 2. Juni. (Tr. Ztg.) Die beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Thronfolgers werden dementirt. Der Thronfolger ist auf dem Wege der Besserung.

Rom, 30. Mai. Der „Osservatore Romano“ schreibt: Wir können versichern, daß das dem Grafen Chambord anläßlich der Heirat des Grafen Girgenti zugemuthete Schreiben falsch sei.

Petersburg, 31. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt die von der „Correspondance de Nord-Est“ gebrachte Nachricht, daß der russische Consul in Bukarest Instructionen zur Unterstützung Bratiano's erhielt, und daß das russische Cabinet beschloffen habe, das Ministerium Bratiano zu halten.

Bukarest, 31. Mai. Eine Deputation der hiesigen „Alliance israelite“ drückte dem österreichischen Consul, Baron Eder, den besonderen Dank der Gemeinde aus für die unermüdlige Verwendung in Angelegenheit der Israeliten.

Alexandrien, 30. Mai. Der österreichische Generalconsul hat im Namen des Kaisers dem Thronfolger in Gegenwart des Vicekönigs den Großorden des eisernen Kronen-Ordens in feierlicher Weise überreicht. Der Vicekönig dankte dem Generalconsul. Donnerstags hat auch der Thronfolger den Generalconsul ersucht, derselbe möge dem Kaiser seinen achtungsvollen Dank bekanntgeben.

New-York, 21. Mai. Man versichert, daß die

Impeachments-Leiter in der Repräsentantenkammer Dasten zu einem neuen Anklageartikel sammeln.

Washington, 30. Mai. Grant hat seine Ernennung zum Präsidentschafts-Candidaten seitens der Convention von Chicago angenommen. — Johnson ernannte Schofield zum Kriegssecretär; der Senat bestätigte denselben.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 2. Juni. 5perc. Metalliques 56.80. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58. — 5perc. National-Anlehen 62.50. — 1860er Staatsanlehen 81.80. — Bankactien 705. — Creditactien 184.30. — London 116.40. — Silber 114.35. — R. I. Ducaten 5.55.

Das Postdampfschiff „Germania“, Capitän Schwensen, ging am 27. Mai vollbesetzt von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Das Postdampfschiff „Hammonia“, Capitän Meier, welches am 13. Mai von Hamburg und am 15. Mai von Southampton abgegangen, ist am 26. Mai wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Agiozuschlag zu den Telegraphengebühren. Laut Kundmachung der Staats-Telegraphen-Direction wird der Agiozuschlag, welcher zu den Gebühren für die Beförderung der Depeschen nach den außereuropäischen, dem Pariser Telegraphenvertrage vom 17. Mai 1865 nicht beigetretenen Staaten zu erheben ist, für den Monat Juni 1868 auf 15 Percent festgesetzt.

Internationale Telegraphen-Conferenz. Die internationale europäische Telegraphen-Conferenz tagt in diesem Jahre in Wien und tritt am 12. Juni zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Sitzungen werden, wie man hört, öffentlich sein. Etwa 40 Abgeordnete werden zu der Conferenz erwartet.

Norddeutsches Consulat in Prag. Der Berliner „Börsen-Zeitung“ zufolge steht die Errichtung eines Consulates des norddeutschen Bundes in Prag in Aussicht. Der preussische Handelsminister hat die Handelskammern bereits um Auskunft gebeten, ob ein solches Consulat wünschenswerth. Breslau hat die Frage bejaht.

Angekommene Fremde.

Am 30. Mai.

Stadt Wien. Die Herren: Pianzky, Schloßwärter, von Schneeberg. — Kraus, Kaufm., von Wien. — Die Frauen: Pretner, von Villach. — Gräfin Strassoldo, Herrschaftsbesitzerin, von Görz.

Elefant. Die Herren: Pinze, Stallmeister, von Wagenseberg. — Masju, Kaufm., von Sagor. — Musi, Privatier, von Stein. — Kleiner und Ballich, Besitzer, von Triest. — Juglic, von Zdrja. — Dr. Brenner, von Wien. — Peshich, von Boslosca. — Ghil, Oberst, von Graz. — Die Frauen: Schwarz, Consulentsgattin, von Wien. — Gräfin Wiggazy und Fr. Solub v. Radierz, aus Ungarn. — Soccar, Untsbesitzerin, von Graz.

Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Fischer, Weinhändler. — Dr. Ulrich, von Gleichenberg.

Wöhren. Herr Schranko, Handelsm., von Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Einheit auf 9.75 Grad, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag in Linien. Rows for dates 30 and 31.

Den 30.: Ruhige Luft Die Alpen tagüber meist in Wolken. Abends ganz ausgeleert. Farbiger Mondhof. — Den 31.: Vormittag fast wolkenlos, Nachmittag zunehmende Bewölkung in SW. Nach 7 Uhr Aufbeiterung und nach 10 Uhr ganz heiter. Den 1.: Vormittag dunstige Atmosphäre. Wolkenzug fast stabil. Nach 12 Uhr ferner Donner in S. Um 1 1/2 Uhr Gewitter aus SW. über die Stadt ziehend mit lebhaften Wüthen, der langerehute Regen tritt ein, starke Güsse durch 2 Stunden. Nach 4 Uhr Aufbeiterung, Mondhof. Das Tagesmittel der Wärme am 30. um 5.4°, am 31. Mai um 4.6° und am 1. Juni um 0.4° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 30. Mai. Die Börse im allgemeinen fest aber geschäftslos. Für Papiere wurden größtentheils höhere Course bewilligt. Devisen und Valuten schwächten sich etwas ab. Geld ziemlich knapp.

Large table with multiple columns: Öffentliche Schuld (A. des Staates), B. der Kronländer, Actien (Nationalbank, R. Ferd.-Nordb., Kredit-Anstalt, etc.), Pfandbriefe, Geld Waare, Cours der Geldsorten.